

Gewaltfrei oder militant – wichtig ist die Qualität!

14. April 2012: Die Ostseezeitung titelte in ihrer Samstagsausgabe auf Seite 1: „Filz und Mausehelei um die Gentechnik?“. Im Text ließ sie Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der felderbetreibenden Firmen, zu Wort kommen: „Die grüne Gentechnik in MV ist tot“. Ob das auch auf Dauer so sein wird, blieb und bleibt offen. Dass aber dieser Satz überhaupt fiel, war bemerkenswert – und erst der Anfang. Denn ab diesem Tag hagelte es für fast einen Monat lang Hiobsbotschaften für die Agrogentechnik mit einem eindeutigen Ergebnis: Die beiden hochumstrittenen Versuchsanlagen mit jeweils mehreren Genfeldern pro Jahr (AgroBioTechnikum bei Rostock und den Schaugärten Üplingen) konnten 2012 nicht angelegt werden. „Wir sind jetzt fast auf Null“, sagte Kerstin Schmidt im Mai gegenüber dem Focus – ein Desaster für die hochgeförderte Branche. Was war geschehen?

Der (relative) Erfolg erwuchs aus einer fünfjährigen Auseinandersetzung, die nicht nur eine für politische Bewegungen nicht alltägliche Wirkung zeigte, sondern wegen ihrer Art einer genaueren Betrachtung wert ist. Denn hier gelang etwas, was sonst sehr selten ist: Ein politischer Widerstand in solidarischer Unterschiedlichkeit, in unberechenbarer Vielfalt und politischer Schärfe. Hier zählten nicht Geld, Image, Verbindungen zu Eliten in Politik, Wirtschaft oder Medien, sondern die beharrliche Arbeit an der Basis, direkt vor Ort, an den Konfliktherden, eine politische Kritik mit inhaltlicher Tiefe und der konsequente Verzicht auf Hierarchien, Logos, Abhängigkeiten und Anbiederung. Daher lohnt es sich, genauer hinzugucken – nicht zwecks Lubhudelei, sondern wegen des Signals an andere politische Kämpfe (soweit das Wort nicht schon eine erhebliche Beschönigung für oft unbewegliche Krisenbegleitung darstellt).

Wichtig für das Verständnis ist, dass zwar die Agrogentechnik auf breite Kritik stieß, aber die Ausgangslage für direkte Aktion und emanzipatorische Kritik eher schlecht war. Zum einen standen trotz der zur Schau gestellten Skepsis alle relevanten Größen des politischen Establishments hinter dem Projekt eines großen Freisetzung- und Firmengründungszentrums 20km östlich von Rostock. Die rot-rote Landesregierung förderte den Aufbau mit Millionen, der FDP-Bürgermeister Sanitz, in dessen Ortsteil Groß Lüsewitz das Hauptgebäude entstand, tat ebenfalls, was er konnte: Grundstück und Gebäude wurden von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, der Leerstand vom Land verwaltet und finanziert – und schließlich gab es sogar noch etliche Hektar Acker vom Land dazu. Die Flächen lagen größtenteils in der Gemarkung der Nachbargemeinde Thulendorf, genauer in Sagerheide. Deren Gemeinderat war zwar nicht einverstanden, aber wen interessiert die lokale Meinung, wenn es um den Weltführungsanspruch Deutschlands geht (so jedenfalls benannte Forschungsministerin Annette Schavan das Ziel des von ihr geförderten Projektes BioOK). Ähnlich sah es auch in Sachsen-Anhalt aus, wo zunächst in Gatersleben, dann in Üplingen weitere Zentren der Agrogentechnik wuchsen.

Zum anderen standen zwar bildungsbürgerliche Kreise kritisch zur Gentechnik, stellten aber passend zu ihrer kulturellen Gedankenwelt Gesundheitsaspekte in den Vordergrund. Eine emanzipatorische Gentechnikkritik fehlte ebenso wie praktisches Handeln jenseits der „Politik“ mit dem (wohlgefüllten) Portemonnaie. Folglich blieb deren Protest schwach und beschränkte sich auf appellative Vorgänge. Umweltverbände, Grüne und andere schielten auf Bundesebene auf die mehr Spendeneinnahmen versprechenden Kampagnen gegen Monsanto und seinen Mais – Greenpeace trug die meisten Freisetzungen von Sagerheide nicht einmal auf seine Genfelderkarte ein.

Von zwei Seiten wurde dann das Ende dieser Periode eingeläutet. Die Initiative „Gendreck weg!“, von einem Spektrum von ImkerInnen bis zu kampagnengeschulten (und meist eher bürgerlichen) Gewaltfreien gegründet, rief zu Feldbefreiungen auf. Im Jahr 2007, drei Jahre nach dem Start des AgroBioTechnikums, wiederholte sich dann dort eine Aktionsmethode, die schon Mitte der 90er Jahre einen wesentlichen Anteil an der Zurückdrängung der Agrogentechnik hatte. Eine gut vorbereitete Aktionsgruppe versuchte, die Fläche zu besetzen. Doch die AktivistInnen hatten Pech, ihre Aktion flog zu früh auf, die Blockaden standen noch nicht und so konnte die Polizei die unerwünschten GentechnikkritikerInnen verjagen. Die waren damals noch sehr isoliert. Alle Anfragen bei LandwirtInnen in der Umgebung nach Unterstützung schlugen fehl. Angst beherrschte das Denken – erst weit entfernt, hinter Kühlungsborn, fanden die AktivistInnen die nötige Basisstation, seine sehr anstrengende Sache. AnwohnerInnen aus dem Ort hatten die nächtlichen Aktivitäten bemerkt und die Polizei alarmiert (die trotzdem lange brauchte, die Aktion zu finden). Regionale Zeitungen verzichteten auf Berichterstattung oder schrieben überwiegend negativ. Die GentechnikmacherInnen, allen voran Prof. Inge Broer, erhielten hingegen viel Platz, ihre Meinungen medial auszubreiten.

Die unabhängig von Verbänden und Parteien agierenden AktivistInnen blieben zäh, machten einige Tage Aktion vor dem AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz, versuchten (erneut vergeblich) eine weitere Besetzung, zudem folgte noch ein Aktionstag im Rahmen der Proteste gegen den im gleichen Jahr in Heiligendamm stattfindenden G8-Gipfel. Hier waren auch NGOs und formalisierte Netzwerke beteiligt. Zudem mussten die Gentechnikfirmen eine Feldbefreiung hinnehmen: Die frisch angelegten Gen-Kartoffelbeete wurden zu großen Teilen zerstört. Auch das Gebäude in Groß Lüsewitz erhielt

Besuch und zeigte sich seitdem farblich umgestaltet. Dann war dort erst einmal wieder Ruhe, nur in anderen Regionen kam es zu Auseinandersetzungen, vor allem als BASF seine Uralt-Kartoffel „Amflora“ anbauen wollte. Bürgerinitiativen wehrten sich – auch dort mit einer Mischung aus öffentlichem Protest, formaler Politik und direkten, nächtlichen und offenen Aktionen. Am AgroBioTechnikum aber hielt sich die Ruhe weitgehend auch während des erfolgreichsten Feldbesetzungsjahres 2008 mit sieben besetzten Feldern. Vier Genfelder wurden dadurch direkt verhindert, darunter eines mit transgener Gerste in Gießen, welches dann ans AgroBioTechnikum verlegt wurde. Das war inzwischen zu einem Sicherheitsgelände ausgebaut worden mit Zäunen, Flutlicht, direktem Kontakt zu startbereiten Polizeihubschraubern usw. Doch die Verlegung führte wieder zu erhöhter Aufmerksamkeit. Jetzt kam es zudem zu einer wichtigen Bündnisbildung, denn beginnend mit einer Veranstaltungstour durch die Dörfer und in der Stadt Rostock, über eine weitere Feldbesetzung (die von der Polizei geräumt wurde, während sich die örtliche Feuerwehr weigerte, sich an einer solchen politisch motivierten Räumungsaktion zu beteiligen) bis zu einer wochenlangen Mahnwache direkt am Feld entstanden wichtige Kontakte. Es gelang, was sonst meist misslingt: Eine Kooperation zwischen BUND, einigen Grünen, AnwohnerInnen und Gemeinderatsmitgliedern, StudentInnen, Bauern, Bioläden und unabhängigen AktivistInnen. Das war kein festes Bündnis, es wurde nicht über Label und Kontonummern gestritten, sondern die Beteiligten agierten von Fall zu Fall zusammen – und freuten sich über ihre Unterschiedlichkeit. Genau das brachte eine brisante Mischung, die sich mit dem Wahlerfolg der Grünen ab 2011 auch im Landtag ein wenig fortsetzte, auch wenn die Partei weiterhin skeptisch solch bunter Kooperationen gegenübersteht. Doch es ging ohnehin nie um eine formalisierte Zusammenarbeit, sondern um die Verbindungen zwischen den Menschen. Schreiben wir lieber nicht genauer, wer da wen wann unterstützt hat – es würde manch festgeschmiedetes Weltbild in den wohlsortierten Identitäten deutschen Funktionärswesens durcheinanderbringen.

Genau die Mischung war das Erfolgsrezept. Durchgängig waren militante Aktionen Teil des Aktionsspektrums. Die waren zudem nicht ohne: Neben den beiden Feldbesetzungsversuchen 2007 und 2009 wurde der Turm am AgroBioTechnikum mehrfach erklettert und umgestaltet. Das AgroBioTechnikum wurde mehrfach attackiert, die Gentechnik-Gewächshäuser beschädigt oder Stinkeflüssigkeit in den Räumen verteilt. Spektakulär aber waren vor allem die Feldbefreiungen. Sie geschahen nachts, gerieten aber offenbar immer in Konflikt mit den Bewachungsstrukturen. Bei der ersten Attacke 2009 konnten die BewacherInnen die umfangreichen Zerstörungen nicht verhindern und wurden (wie Wachschrützer später selbst berichteten) zum Teil versetzt. Das mag die Reaktion einige Wochen später erklären, als erneut Felder angegriffen wurden, darunter das illegal – nämlich als Zweitfeld – angelegte transgene Gerstenfeld aus Gießen. Diesmal stürzten sich, wie der Lobbyverband InnoPlanta später berichtete, die Bewacher in den Kampf. Ihren eigenen Angaben zufolge wurden sie dabei verletzt, was sich mit den Berichten von AnwohnerInnen über erst sehr zögerlich eintreffende Rettungswagen nicht deckte. Der Vorgang weckte sehr unterschiedliche Reaktionen – von platten Distanzierungen aus dem darin geschulten politischen Lager (SPD, Linke, Grüne, einige NGOs und natürlich die konzernnahen Parteien und Verbände). Doch die Debatte war längst entfacht: Vorträge in Bioläden, Kulturzentren, Gemeindehäusern oder den Gärten der FeldnachbarInnen, Pressearbeit, die Verteilung einer umfangreichen Broschüre über die Seilschaften hinter dem AgroBioTechnikum und anderen Firmennetzwerken an 17.000 Haushalte rund um das Gentechnikzentrum, Einwendungen gegen Genehmigungen, Klagen gegen die Felder, ein am Ende einstimmiger Gemeinderatsbeschluss und das Ende des Pachtvertrages für die Parzellen, die der Gemeinde gehörten. Zu einer jährlichen Tradition wurde die kritische Inspektion am Feld, ein Spaziergang für alle Interessierten am Zaun entlang – kritisch beäugt von Bewachern und Polizei. Bemerkenswerte Berichte über Reaktionen von AnwohnerInnen auf Feldbefreiungen sind überliefert – sie reichen bis zur Sektaune. Immer deutlicher wurde die Ablehnung der GentechnikerInnen. Sie fuhren durch den Ort Sagerheide auf ihr Feld, vermieden meist jeglichen Kontakt, aber lasen an zunehmend mehr Grundstücken Protestschilder und –plakate.

Von Bedeutung ist zudem der Blick auf das Inhaltliche. Denn auch hier wiederholten sich die sonst scheinbar so verfestigten Rollenklischees nicht. Denn es waren die unabhängigen AktivistInnen selbst, die zu ihren Aktionen auch handfeste Argumente lieferten: Eine dezidierte Herrschaftskritik an der Gentechnik (siehe www.projektwerkstatt.de/gen/emanz_kritik.htm) und die Recherche plus Darstellung der Seilschaften hinter den Kulissen von Feldern und Laboren. Das spielte für die Kritik an Uni Rostock und dem AgroBioTechnikum eine bedeutende Rolle. Denn hier zeigte sich ein Geflecht verschiedener Institutionen, die nach klassischem Elitenmanier („Eine Hand wäscht die andere“) Pöstchen, Gelder und Genehmigungen hin- und herschoben. 2009 erschien die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“, verbunden mit Internetseiten und vielen Veranstaltungen. Die AgroBioTechnikums-MacherInnen wurden nervös: Zusammen mit den ebenso aufgedeckten Filzstrukturen in Sachsen-Anhalt versuchten sie, die ihnen unangenehmen Veröffentlichungen verbieten zu lassen – sie scheiterten trotz üblen Kungelns mit Rechtsanwälten, RichterInnen und betagten FDP-Größen auf ganzer Breite.

Dann kam 2011 und übertraf das Bisherige noch einmal. Wieder schepperte es an den Gewächshäusern, zudem erschien das Buch zu den Gentechnik-Seilschaften unter dem Titel „Monsanto auf Deutsch“. Das Frühjahr startete, genauer am 30. April, mit dem obligatorischen kritischen Spaziergang. Am 4. Juni schauten BäuerInnen und Begleitung auf ihrer Treckerdemo nach Berlin vorbei. Und Anfang Juli passierte das, wovon optimistische KritikerInnen vielleicht noch kühn geträumt hatten: Unbekanntes gelang das Kunststück, sämtliche Sicherungssysteme der Felder zum Ausfall zu bringen und ohne körperliche Auseinandersetzung mit den Bewachern die wesentlichen Versuchsfelder zu zerstören. Doch nicht nur das: 48 Stunden wiederholten sie das Spektakel auf einer ähnlichen Fläche in Üplingen, auf der ebenfalls die im AgroBio-Technikum sitzenden Firmengeflechte unter Leitung von Kerstin Schmidt tätig sind. Der Schock saß tief, denn seit diesem Zeitpunkt konnte kein Ort in Deutschland mehr als sicheres Feld gelten. Parallel liefen weitere Veranstaltungen, Spaziergänge und mehr – bis Anfang 2012, kurz nach der großen Demonstration „Wir haben es satt!“ in Berlin, BASF und KWS ihren Rückzug aus Deutschland ankündigten (was sie dann doch – zunächst – nicht taten ... wie üblich war es gelogen). Am 14. April erschien dann der eingangs erwähnte Artikel: Die Seilschaften erklärten selbst ihren Tod, zumindest im Nordosten der Republik.

Vorbei ist damit noch nichts und erst recht ist es niemals schlau, profitgierigen Strukturen (die im Kapitalismus der Normalfall sind) durch eigenes Einschlafen wieder das Feld zu überlassen. Aber trotzdem bieten die fünf Jahre Widerstand doch eine Menge interessanter Lehren:

- Radikalität und Militanz ziehen in weiten Teilen der Bevölkerung keinerlei Antipathien nach sich. Meist sind es vor allem die wählerstimmen- und zuschussorientierten Apparate von Organisationen (z.B. NGOs, Parteien) und ihren HelfershelferInnen in den Medien, die über militante Aktionen quengeln. Sie behaupten dabei fehlende Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit, ohne diese Annahme jedoch zu überprüfen. Meist fehlt ihnen auch der Kontakt zu Basisstrukturen, so dass sie ihre eigenen Aussagen gar nicht unterfüttern könnten. Beharrliches Bestehen auf eine Vielfalt von Widerstandsformen statt allzu schneller Akzeptanz der Dominanz militanzablehnender Funktionärskasten kann sich also auszahlen. Wo Mist passiert, muss die Gegenwehr auch (nicht nur) zu Mitteln greifen, die diesen beenden können. „Protest ist, wenn ich sage Das und Das passt mir nicht. Widerstand ist wenn ich dafür Sorge, dass Das und Das nicht mehr passiert“, schrieb Ulrike Meinhof.
- Für diese Position lässt sich offensiv werben, rund um konkrete Konflikte und Themen ist das auch der beste Moment. Es war immer die Schwäche von Protestprojekten wie „Stuttgart 21“ und andere, dass sich viele und vor allem die Führungsfiguren von Militanz distanziert haben – meist schon vorausseilend. Damit bereiteten sie selbst den Boden für Spaltungsversuche von Innen und Außen. Dabei gibt es schon seit Langem andere Beispiele: Es war und ist die Stärke im Widerstand gegen den Castor, dass die bürgerlich-gewaltfreien und legalistischen Gruppen sich nicht durchsetzen konnten und mit dem „Streckenkonzept“ (jedeR macht auf ihrem Kilometer, was er/sie will – und alle achten darauf, sich nicht gegenseitig zu behindern, sondern eher zu fördern) das bislang dauerhafteste Protesterfolgskonzept des Landes entstand. Diese Strategie ging auch bei den Protesten gegen das WTO-Treffen 1999 in Seattle auf – quasi als Flächenkonzept mit großer Vielfalt auf den unterschiedlichen Straßen und Kreuzungen. Beide Aktionen sind positiv in den Köpfen geblieben, warum also die ständigen Distanzierungen und Gleichmachereien auf einen sogenannten Konsens der Gewaltfreiheit?
- Militanz ersetzt aber keine Qualität. Für alle Aktionsformen gilt, dass sie möglichst qualitativ und inhaltlich vermittlungsreich sein sollten. Denn kein Steinwurf, ebenso aber auch keine noch so lange Menschenkette ersetzt den Inhalt. Das müssen noch sehr viele begreifen, auch Militante. Denn Form ist kein Inhalt. Wer Steine wirft auf irgend etwas oder, noch schlimmer, die eigenen Leute, zeigt vor allem, sich nicht vorbereitet zu haben. Die militanten Aktionen gegen die Agrogentechnik in Mecklenburg-Vorpommern waren immer sehr zielgerichtet, offenbar gut vorbereitet und inhaltlich vermittelt.
- Es bedarf der Apparate und BewegungsführerInnen nicht. Zwar erscheint der Weg über Basisgruppen, Betroffene, lokale Bevölkerung und offene Bündnisse von Menschen (statt von Gruppen mit ihren Identitäten) mühselig und ist für die in der Regel aus bildungsbürgerlichen Kreisen stammenden und eher mit Facebook als direkter Gesprächsführung vertrauten PolitaktivistInnen ungewohnt, aber es lohnt sich. Denn wer sich nicht von Compact, großen Verbänden oder Parteien, IL oder anderen abhängig macht, bleibt beweglicher und unberechenbarer. Außerdem entsteht gerade dann die Möglichkeit, kooperationsfähig zu sein. Denn Offenheit nach außen entsteht durch Verzicht auf eigene Hierarchien und Label, ist aber mit einem klaren Kern an politischen Inhalten gut vereinbar.

- Die Aktionsfähigkeit steigt mit der Aneignung von Handlungsmöglichkeiten. Emanzipatorisch ist dabei die Selbstermächtigung, d.h. die selbstorganisierte Schulung, das Üben, Reflektieren und das Kooperieren in der Aktion. Denn nie müssen alle alles können, sondern Wissen und Erfahrungen können sich ergänzen. Selbstorganisation und Sammeln von Know-How gelten nicht nur bei der Aktion, sondern auch insgesamt für eine Unabhängigkeit im Alltag sowie für die Nachbeben, z.B. im Umgang mit Repression. Auch hier gilt es, sich von den dogmatischen Erniedrigungen in Verbänden und linken Führungseliten zu lösen. Die Politisierung und oft genug wirksame Behinderung von Polizei- und Gerichtsstrukturen durch einen offensiv-kreativen Umgang spricht hier immer deutlicher für sich – wird aber, zwecks Aufrechterhaltung der bestehenden Hierarchien, von den Apparaten politischer Verbände und Bündnisse bekämpft. Hier stehen sich Denkkulturen gegenüber: Emanzipatorische Selbstermächtigung zum Widerstand oder Geschlossenheit in Schafherden unter Führung selbsternannter Avantgarden.
- Hilfreich wären mehr gegenseitige Unterstützung, Kooperation und zugängliche Infrastruktur z.B. in Form von Aktionsplattformen oder Projektwerkstätten. Hier blieben viele Wünsche offen, weil auch unter unabhängigen AktivistInnen Cliquenbildung mit mangelnder Außenwahrnehmung angesagt ist. Das beschränkt auch die Chancen, mehr Menschen anzusprechen und – statt als Mitglieder anzuwerben, wie es Verbände und Parteien tun – zu eigenständigem Handeln bis hin zur Bildung eigener Aktionszusammenhänge zu verhelfen.
- Der Versuch, formalisierte Bündnisse zu gründen, kann Kooperation eher behindern als fördern. Bündnisse entsprechen meist den Denkklogiken der BewegungsführerInnen. Nötig ist die direkte Kommunikation zwischen Menschen. Und hier zeigen sich bemerkenswerte Offenheiten: Da lässt sich schnell mal mit der CDU eine parlamentarische Anfrage organisieren, bei der tiefbürgerlichen Grünenwählerin ein Unterschlupf klarmachen oder im Vorhof einer örtlichen Firma ein Protestplakat befestigen. Es war eine Einmaligkeit in Mecklenburg-Vorpommern, dass sich die verschiedenen Akteure nicht spalten ließen – auch aufgrund der vermittelnden Aktivitäten mancher AnwohnerInnen, Verbandsleute und AktivistInnen. Davon sind die Bundesebene und viele andere Länder, wo Umweltverbände auf AktivistInnen mehr schimpfen als auf die politischen GegnerInnen oder Kirchenleute Podiumsdiskussionen absagen nicht wegen der ebenfalls geladenen BASF, sondern wegen unabhängigen AktivistInnen.

Der erfolgreiche, aus entsprechendem Bewusstsein und mangels anderer Möglichkeiten konsequent „von unten“ entwickelte Widerstand gegen GVO-Felder in Deutschland soll kein Vorbild sein. Abziehbilder taugen nicht in einer Kultur selbständigen Denkens. Aber Anregungen können die Aktionen und ihre Wirkung ebenso geben wie Ideen für Aktionen und Strategien. Für den Widerstand gegen Atom und Kohle, Tierfabriken und Schlachthöfe, Nazis und FundamentalistInnen aus Religionen oder Esoterik, Konzerne und profitgierige Institutionen, Militär & Co. kann das alles Mut machen. Überall wird es darauf ankommen, einen vielfältigen Widerstand am Leben zu haben, aber gleichzeitig die Kooperation der Vielen und Unterschiedlichen zu suchen und zu entwickeln. Unabhängige AktivistInnen bzw. militante Gruppen müssen da genauso über ihre Schatten eigener Cliquen oder kultureller Codes springen wie bürgerliche und sonstige Initiativen lernen müssen, dass eine anspruchsvolle Militanz nicht ihr Gegner, sondern hochwirksamer Bündnispartner ist. Unabhängige AktivistInnen können helfen, dafür gute Startvoraussetzungen zu schaffen.

»Wir sind jetzt fast auf null«

Der Gentechnik-Schaugarten Üplingen gibt auf. Für Leiterin Kerstin Schmidt ein Zeichen, dass die grüne Biotechnologie in Deutschland gescheitert ist

Der Schaugarten Üplingen war der einzige Ort in Deutschland, an dem neue gentechnisch veränderte Pflanzen der Öffentlichkeit im freien Feld gezeigt wurden. Warum ist jetzt Schluss?

Unser Anspruch war: Wir wollten den Besuchern – und davon kamen jedes Jahr 2000 bis 3000 – vorstellen, was sich auf dem Gebiet in Deutschland tut. Firmen und Forschungsinstitute präsentierten ihre neuen Pflanzen. Wir haben 2008 mit Kartoffeln und Mais angefangen und das Jahr für Jahr ausgebaut. Doch 2012 können wir einfach nichts zeigen.

Weil es nichts Neues gibt?

Ja, es war ein Signal, dass BASF Anfang des Jahres die gesamte Pflanzenbiotechnologie-Sparte in die USA verlagert hat. Auch andere Firmen haben kaum noch Zulassungen für neue Pflanzen beantragt. Und in der Wissenschaft sind alle Projekte ausgelaufen. Forschung mit Freisetzung gibt es nicht mehr in Deutschland. Wir hätten also nur einen Jammergarten pflanzen können. Das wollten wir nicht.



Geschäftsführerin
Kerstin Schmidt ist Chefin der Schaugarten-Betreiberfirma

Welche Rolle spielten bei Ihrer Entscheidung Aktionen von Gentechnik-Gegnern?

Es gab von Anfang an Feldbesetzungen und -zerstörungen, gegen die wir uns mit Anzeigen wehrten. Ich habe über 30 solcher Verfahren geführt, die sich oft über Jahre hinziehen und bei denen ich teilweise Prozesskosten in Höhe von 10000 Euro tragen musste. Trotzdem glaubten wir, das in den Griff zu bekommen – bis im Juli 2011 Angreifer unsere Wachleute mit Schlagstöcken und Pfefferspray bedrohten. Wir hätten den Schaugarten in einen Hochsicherheitstrakt mit Videoüberwachung verwandeln müssen. Das wäre nicht mehr verhältnismäßig gewesen. Es geht schließlich nur um Pflanzen.

Lässt sich an dem Aus ablesen, dass grüne Gentechnik in Deutschland gescheitert ist?

Ja, das sehe ich so. Wir sind jetzt fast auf null. Es gibt noch genau drei Freisetzungsversuche, die wohl im kommenden Jahr auch verschwinden werden. Mit neuen Versuchen ist nicht mehr zu rechnen.



Europas größte Gentechnik-Freilandausstellung, das war der Schaugarten in Sachsen-Anhalt